

wenn sie die Ergreifung der politischen Macht eingeleitet hätte:

Jetzt konnte sie sich nur als eine verbrecherische Dummheit erweisen, die die Bourgeoisie ausbrachte und dem Proletariat nichts nützte. Sie bestätigte lebhaft die Berechtigung des Hauptthesen der sozialistischen Doktrin, daß zur Verwirklichung des Sozialismus zuerst der Staat erobert werden muß.

Vielleicht hätte selbst damals noch die Revolution gefiegt, wenn die Arbeiter, wie ein Jahr später die Faschisten, nach Rom marschiert wären, den König verjagt und die Ministerien besetzt hätten. So verurteilte die allgemeine wie die faktische Lage die Bewegung von vornherein zum Scheitern. Nun wehte auf den Fabriken die rote Fahne, die Arbeiter jubelten, das Land wartete. Aber es geschah nichts. Die Fabriken standen still, die Arbeiter wußten nicht, was sie mit ihnen anfangen sollten. Sie hatten keine Ingenieure, der Vorrat an Roh- und Hilfsstoffen war begrenzt, die vorhandenen Gelder reichten nicht einmal aus, um die Löhne zu zahlen. Und die Rohstoffe wurden nicht geliefert, die fertigen Produkte nicht abgenommen, die Banken sperrierten Geld und Kredite.

Die „Sozialisierung“ blieb eine leere Demonstration, die nach kurzer Zeit ausbrannte, wie eine elektrische Birne...

Die Besetzung der Arbeitsstätten ist ein nicht seltener Ausbruch des lateinischen Temperaments, ein ebenso spontaner Ausbruch wie zahlreiche Streiks, die in den Jahren nach dem Kriege die Kraft der italienischen Arbeiterbewegung ruiniert haben. Die Führer stehen diesen Impulsivitäten, die sich durchaus nicht nur auf die Anhänger des Sozialismus beschränken, ziemlich machtlos gegenüber. Erst im April 1923 haben die Mitglieder einer faschistischen Gewerkschaft eine Fabrik in Genua besetzt. Nach der Lage der Dinge mußte das Scheitern der Fabrikbesetzungen im Sommer 1921 jedoch der revolutionären Bewegung einen tödlichen Schlag versetzen. Sie hat sich nicht mehr davon erholt. Es war in Wahrheit die Junischlacht des italienischen Proletariats. Die Bourgeoisie hatte ohne Schwertstreich einen entscheidenden Sieg errungen.

Bei den Neuwahlen, die Giolitti ausschrieb, blieb dennoch die sozialistische Partei trotz ihrer Spaltung und obgleich der faschistische Terror bereits in einigen Provinzen geordnete Wahlen unmöglich machte, in ihrem Bestande ziemlich erhalten. Noch einmal bekannten sich die Massen zu ihren Ideen, noch immer waren sie in wesentlicher Faktor im politischen Leben des Landes. Aber ihre revolutionäre Stohkraft war erschöpft. Als Giolitti im Juli 1921 Bonomi Platz machte, war die Stellung der Regierung tatsächlich gestärkt. Aber diese Stärke ergab sich nur aus dem vorübergehenden Gleichgewicht der kämpfenden Parteien.

Unter der Regierungszeit Bonomis erreichte die Krise ihren Höhepunkt. Die Banca di Sconto fallierte, die Arbeitslosenziffer überstieg 600 000. Die Wächter der öffentlichen Ordnung waren nur Statisten in den Kämpfen, die sich zwischen den verschiedenen Teilen der Bevölkerung abspielten. Die Regierung war wieder ebenso schwach wie unter Ritti. Aber unter Giolitti hatten sich die Gewichte der Waage verschoben. Jetzt waren es nicht mehr die Sozialisten, die den Staat bedrohten, sondern die Faschisten.

Die Regierungstätigkeit Factas, der im Februar 1922 auf Bonomi folgte, wurde zu einem großen Teil durch die Vorbereitungen und die Leitung der Konferenz von Genue in Anspruch genommen. Seine Energie, schon von Hause aus nicht sehr groß, konnte sich um so weniger gegen den Faschismus wenden,

da sie keine Unterstützung bei den Sozialisten fand, die nicht aufhörten, ihren verfassungseindlichen Revolutionarismus zu betonen. Dabei wuchs der Faschismus zusehends, und seine Schandtatzen häuften sich von Tag zu Tag.

Die Sozialisten erkannten die Lage nicht. Während sie tatsächlich in die Verteidigung gedrängt waren, glaubten sie immer noch, angreifen zu können, und sie setzten den Streit um Collaborationsismus oder Maximalismus fort, der längst gegenstandslos geworden war. Sie machten ihren zweiten großen Fehler! Wie sie sich vorher nicht hatten entscheiden können, ob sie die Revolution machen oder sich mit demokratischem Vorgehen begnügen sollten, so schwankten sie jetzt, ob sie den Faschismus ernst nehmen und auf welcher Plattform sie sich gegen ihn verteidigen sollten. Inzwischen verloren sie Schritt um Schritt an Boden.

Nach Factas führten die Gegensätze zwischen Kammerfraktion und Parteileitung endlich doch zum offenen Bruch. Turati ging zum König und erklärte ihm die Bereitschaft der Fraktion, an einem Kabinett der bürgerlichen Werten unter dem Vorsteh Bonomis teilzunehmen, um die Geleise gegen den Faschismus zu verteidigen. Aber jetzt war der Faschismus schon so stark geworden,

daß er, obgleich er nur einige dreißig Abgeordnete in der Kammer hatte, den Eintritt der Sozialisten in die Regierung vereiteln konnte. Die bürgerlichen Parteien wagten nicht mehr, ihm offen den Krieg zu erklären, und das völksparteilich-demokratisch-sozialistische Kabinett Bonomis kam nicht zustande. In völliger Ratlosigkeit übertrug man Facta von neuem die Regierungsbildung.

Die Maximalisten dachten jedoch nicht daran, sich durch diese Entwicklung über die Aktion der Turatiner beruhigen zu lassen.

Während der Feind vor den Toren stand, führten sie den wahnwichtigen Bruderkampf fort und drängten die Collaborationsisten aus der Partei, obgleich ihre Mehrheit in der entscheidenden Abstimmung nur 20 000 Stimmen betrug. Niemals war eine Politik verstandener!

Wenige Tage, nachdem sich der deutsche Sozialismus geneigt hatte, während sich in allen Ländern die getrennten Glieder der sozialistischen Familie zum Zusammenschluß anstreckten, spaltete sich die italienische Partei um eine Doktorfrage, die keine praktische Bedeutung hatte; in einem Augenblick, wo alles darauf ankam, das Trennende zurückzustellen und alle Kräfte zu sammeln, um die Gegenrevolution abzuwehren.

### Wo bleiben die Zahlen des Volksbegehrens?

SPD Berlin, 24. April.

Die Bundesleitung des Stahlhelms, die endgültige Ziffern über ihr Volksbegehren bereits für Mittwochabend angekündigt hatte, zeigt sich plötzlich außerordentlich zurückhaltend. Seit ihrer Ankündigung der endgültigen Ziffern sind mehr als 48 Stunden vergangen, ohne daß ihre Zulage sowohl an die Öffentlichkeit wie an die Presse auch nur irgendwie wahrgemacht worden wäre. Ist den Herrschaften in der Zwischenzeit etwa vor ihrem „Sieg“ bange geworden?

# Gewerkschaften gegen die Sozialreaktion

## Verkürzung der Arbeitszeit

Die freien Gewerkschaften haben am Donnerstag, dem Tag des Wiederzusammentritts des Reichskabinetts, an den Reichskanzler Dr. Brüning folgendes Schreiben gerichtet:

„Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände geben hiermit ihrer Besorgnis über die ungemein schwierige wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter- und Angestelltenchaft Ausdruck.

Die Politik der Regierung, Löhne, Gehälter und Preise zu senken, hat nicht zu einer fühlbaren Verringerung der Wirtschaftskrise geführt. Nicht entfernt ist die Senkung der Preise in dem Maße erfolgt, wie die Senkung der Löhne und Gehälter. Infolge des hierdurch entstandenen Verlusts an Realeinkommen und Kaufkraft der Konsumentenmassen kann die Wirtschaftskrise in Deutschland nicht zu beschleunigtem Ablauf kommen. Noch immer sind daher mehr als 4,6 Millionen arbeitslos. Eine tiefgehende Notlage beherrscht die gesamte deutsche Arbeiter- und Angestelltenchaft.

In dieser Notzeit ist nun gar bereits in einer größeren Anzahl Städten der Brotpreis erhöht worden. Wir erheben hiermit schärfsten Protest gegen diese Verteuerung wichtigster Lebensmittel, die schnellstens rückgängig gemacht werden muß, wenn nicht noch größeres Elend kommen und damit eine gesteigerte Erregung im deutschen Volk Platz greifen soll.

Als wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit sehen wir die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Verjorgung der Arbeitslosen an. Deshalb erneuern wir unsere Forderung nach durchgreifender

### Verkürzung der Arbeitszeit

durch allgemeine Einführung der 40-Stunden-Woche für alle Berufe unter Erhaltung und Stärkung der Massenkaufkraft. Die zur Arbeitszeit gemachten Vorschläge der Gutachterkommission betrachten wir nicht als eine Lösung, da von ihnen weder eine Arbeitszeitbeschränkung in dem nach der Lage des Arbeitsmarktes erforderlichen Ausmaß, noch eine ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienertums erwartet werden kann.

Selbst wenn es gelingen sollte, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, bleibt die Sicherung der Arbeitslosenunterstützung eine vordringliche Pflicht des Staates.

# Wiederaufnahme der Kabinettsberatung

## Das offiziöse Kommuniqué

SPD Berlin, 24. April.

Das Reichskabinett trat am Donnerstagnachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des Reichspräsidenten zu seiner ersten Sitzung nach der Osterpause zusammen. Die Beratungen galt zunächst der Festlegung des vom Reichskanzler vorgelegten Arbeitsprogramms. Der Reichsfinanzminister erstattete sodann einen eingehenden Bericht über die Finanzlage des Reiches, der Länder und Gemeinden, an den sich der Bericht des Reichsarbeitsministers über die Arbeitslosigkeit und die vom Reichsarbeitsministerium zu erledigenden Aufgaben und der des Reichsverkehrsministers über die Situation der Reichsbahn anschlossen. Die Verhandlungen des Reichskabinetts werden am Sonnabend fortgesetzt.

## Senkung der Roggenpreise

### Schiele verhandelt mit den Bäckern

SPD Berlin, 24. April.

Im Reichsernährungsministerium begannen unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Schiele Verhandlungen mit den Bäckern über eine Senkung des Brotpreises. Verhandlungen mit den Müllern sollen folgen. Die Bäder vertreten die Auffassung, daß die Regierung durch

Wir betonen ausdrücklich, daß uns weitere Einschränkungen der bereits ohnedies stark reduzierten Leistungen oder eine weitere Einengung des Personenkreises in der Arbeitslosenversicherung völlig untragbar erscheinen. Wir warnen vor der Einführung von Reformen, die nur Abbau und Auflösung der Versicherung bedeuten können. Dagegen erscheint uns bringen notwendig die Schaffung einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge für alle Arbeitslosen, die keine Versicherungsansprüche haben. Wir betonen erneut die Notwendigkeit, öffentliche Mittel in größerem Umfang für die Unterstützung der Arbeitslosen bereitzustellen, wenn die zur Verfügung stehenden Beitrags- und Etatmittel zur Deckung der Kosten nicht ausreichen.

Im Gebiet der sonstigen Sozialversicherung ist die Sanierung der knappschaftlichen Rentenversicherung ein dringendes Gebot.

Entschieden abgelehnt werden muß aber der Gedanke, diese Sanierung durch die Inanspruchnahme anderer Versicherungsgegenstände zu bewerkstelligen, deren eigene finanzielle Lage im Gegenteil alsbaldige Hilfsmaßnahmen notwendig machen wird. So weisen wir erneut auf die bedenkliche Entwicklung der Finanzen der Invalidenversicherung hin, für die ebenfalls alsbaldige Sanierungsmaßnahmen erforderlich sein dürften, um wenigstens die heutigen, an sich schon unzureichenden Renten zu gewährleisten.

Zu der von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände geforderten Reform der Unfallversicherung erklären wir ausdrücklich, daß wir die Wünsche der Arbeitgeber hinsichtlich in allen Punkten ablehnen.

Nicht Abbau, sondern im Gegenteil Ausbau der Unfallversicherung, namentlich soweit die Erweiterung des Kreises der entschädigungspflichtigen Berufskategorien in Frage kommt, ist dringend erforderlich.

Wir weisen die Regierung und gleichzeitig die Öffentlichkeit noch einmal darauf hin, welche ungeheuren Opfer die deutsche Arbeitnehmerschaft in der Vergangenheit bereits auf sich genommen hat. Eine weiterhin einseitig gegen die Interessen der deutschen Arbeitnehmer gerichtete Politik muß zu schwersten sozialen Kämpfen und zu größter politischer Beunruhigung und Verbitterung führen. Wir erwarten, daß die Regierung sich dieser unangenehmen Tatsachen bei ihren Beratungen bewußt bleiben wird.

## Städteitag gegen Brotpreiserhöhung

SPD Berlin, 24. April.

Der Deutsche Städteitag hat das Reichsernährungsministerium in einer dringlichen Eingabe gebeten, in sofortigen Verhandlungen eine Wiedereinsetzung der Berliner Brotpreise durchzuführen. Der Städteitag verweist namentlich auf die großen Gefahren, die das Berliner Beispiel nicht nur für die Entwicklung in den übrigen Städten, sondern auch für die gesamte Preis-, Lohn- und Wirtschaftspolitik haben muß.

## SPD fordert Einberufung des Reichstags

SPD Die kommunistische Reichstagsfraktion hat dem Reichstagspräsidenten einen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags zugehen lassen. Sie begründet diesen Schritt mit angeblichen sozialreaktionären Plänen der Regierung.

## Frankreichs neuer Flottenvorschlag

II. Paris, 23. April.

Die französischen Blätter veröffentlichen in großer Aufmachung die Note, die die französische Regierung am Mittwoch an die Regierungen von Rom und London gerichtet hat, und in der sie noch einmal ihren Standpunkt unterstreicht, den der französische Flottenfachverständige Massigli in London auseinandersetzen wird. Man betont in diesem Zusammenhang, die französische Regierung hoffe, daß die übrigen Regierungen die Zwangslage anerkennen würden, in der sich Frankreich bezüglich der Verteidigung seiner Kolonien befindet, ebenso wie die Zwangslage, die man in Zusammenhang mit den deutschen Schiffscubauten bringen könne.

II. London, 23. April.

Der Inhalt der neuen französischen Flottenvorschläge besteht nach der „Times“ darin, daß die französische Regierung sich zwar für die nächsten drei Jahre auf den Standpunkt der englischen und der italienischen Regierung stellt, sich danach aber freie Hand hinsichtlich der in Angriffnahme von Ersatzbauten für solche Schiffe vorbehalten will, die bei Ablauf des Londoner Vertrages veraltet sind. Die französischen Vorschläge bereiten die Schwierigkeit, daß sie auf die Bindungen der englischen, amerikanischen und japanischen Regierung bis zum Jahre 1936 keine Rücksicht nehmen. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ rechnet damit, daß die Nachprüfung der französischen Note mehrere Tage in Anspruch nimmt. Er beurteilt die Aussichten für das Flottenabkommen sehr pessimistisch und befindet sich damit in Übereinstimmung mit der allgemeinen Auffassung in London.

## Niederlage der Aufständischen

WTB Neugork, 23. April.

Wie „Associated Press“ aus Tegucigalpa, der Hauptstadt von Honduras, berichtet, kam es in der Gegend von Chamelecon zu dem erbittertesten Kampf seit Beginn des Aufstandes. Die Aufständischen griffen Chamelecon dreimal an, wurden jedoch jedesmal mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Es gelang den Bundesstruppen, die ganze Gegend von Chamelecon von Rebellen zu säubern und den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt San Pedro Sula zu besetzen. Infolge dieses Erfolges der Bundesstruppen kann die Bahnverbindung mit dem Hafen Puerto Cortes wieder hergestellt werden. Wie aus San Salvador gemeldet wird, verlor eine starke Streitmacht von Rebellen, von San Salvador aus in Honduras einzubringen. Die Aufständischen wurden jedoch von den Behörden von San Salvador abgefangen und interniert.

## Stürmische Sitzung des polnischen Sejms

### Die Opposition verläßt den Saal

II. Warschau, 23. April.

Die erste Sitzung der außerordentlichen Tagung des Sejms, die am Donnerstagsvormittag durch den Sejmarschall Swiatkowski eröffnet wurde, nahm einen stürmischen Verlauf. Als der einzige Gegenstand der Tagesordnung, die Gesetzesvorlage über den Abschluß der französisch-polnischen Eisenbahnanleihe, sowie über die Verpachtung der Kohlenmagistrale Oberschlesien-Obingen an die französisch-polnische Aktiengesellschaft verlesen wurde, meldeten sich drei Redner der Opposition zum Wort, die im Auftrag ihrer Fraktionen, der nationaldemokratischen, der sozialistischen und der Bauernfraktion, Proteste erklärten gegen die, wie es in der Begründung hieß, mit der bestehenden Verfassung unvereinbaren Einschränkung der Tagesordnung, die laut der Einberufungsurkunde des Staatspräsidenten lediglich einen einzigen Punkt vorah, abgeben wollten. Der Sejmarschall schloß sich auf den zweifellos von der Regierung gewünschten Standpunkt, daß alle andern Angelegenheiten und Anträge unzulässig seien. Aus diesem Grunde entzog er den Oppositionsrednern das Wort, was beim Regierungsblock ungeheuren Beifall auslöste.

Darauf verließ die Opposition den Saal, wobei die Sozialisten eine Strophe ihrer sozialistischen Hymne „Die rote Fahne“ sangen.

Während des ungeheuren Lärms gelang es dem nationaldemokratischen Redner, seine Erklärung abzulesen, von der aber niemand ein Wort verstehen konnte. Nach bevor die letzten Abgeordneten der Opposition den Sitzungssaal verlassen hatten, wurde die Regierungsvorlage mit den Stimmen des Regierungsblocks an den Ausschluß überwiesen, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

WTB Warschau, 24. April.

Der Gesekentwurf über die Erteilung der Konzession zur Ausbeutung der Kohlenmagistrale Oberschlesien-Obingen an die französisch-polnische Eisenbahngesellschaft wurde gestern abend von dem Finanz- und dem Verlehrsaußschuß des Sejms, die eine gemeinsame Sitzung abhielten, in zweiter und dritter Lesung angenommen.

## Kirchenvertrag mit Preußen

SPD Die Generalsynode der altpreußischen Union hat am Mittwoch in öffentlicher Schlußsitzung den Kirchenvertrag mit der preußischen Regierung mit 168 gegen 47 Stimmen angenommen. In den der Abstimmung vorausgegangenen mehrtägigen Debatten wurden erhebliche Bedenken gegen die politische Klausel des Vertrages geltend gemacht.